

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|--|
| 02 Nahles: Werden Brücken bauen und den Zusammenhalt stärken | 06 Giffey: Kindern mehr Chancen geben |
| 03 Scholz: Investieren in die Zukunft und den Zusammenhalt | 07 Daten machen uns manipulierbar |
| 04 Außenpolitik dient dem Schutz der Freiheit | 07 Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch |
| 05 Heil: Der Sozialstaat muss Chancen auf ein freies und selbstbestimmtes Leben schaffen | 08 „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ 2018 verliehen |
| | 09 MINUSMA-Mission in Mali soll fortgesetzt werden |

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION ALEXANDER LINDEN
TELEFON (030) 227-51099 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE
REDAKTIONSSCHLUSS: 23.03.2018 14.00 UHR

GENERALDEBATTE

Nahles: Werden Brücken bauen und den Zusammenhalt stärken

Die Welt ist unsicher. Und das hat direkte Auswirkungen auf unser Leben. Andrea Nahles hat gleich zu Beginn ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag klargemacht, vor welchen Herausforderungen die neue Bundesregierung steht - und Lösungen skizziert.

Die Große Koalition nimmt jetzt ihre Arbeit auf und hat sich vorgenommen, Brücken zu bauen, um die weltweiten Konflikte möglichst beilegen zu können, vor allem aber, um mit klarer Haltung deutlich zu machen, wo Deutschland steht.

Andrea Nahles sprach am Mittwoch anlässlich einer Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). In der so genannten Generaldebatte machte Nahles deutlich, was die übergeordnete Leitschnur der Koalition sein wird: der Zusammenhalt der Gesellschaft. „Wir nehmen die Alltagsorgen der Menschen sehr ernst“, sagte Nahles. Die nämlich seien mit dem sozialen Zusammenhalt eng verbunden. So würden immer öfter Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnvierteln, ihrer Heimat durch drastische Mieterhöhungen verdrängt. Dagegen werde die Koalition angehen.

Auf Druck der SPD-Fraktion wird nicht nur die Mietpreisbremse verschärft, sondern vor allem massiv in den sozialen Wohnungsbau investiert. Außerdem wird es ein Baukindergeld geben, das jungen Familien hilft, ein Haus zu bauen oder eine Wohnung zu kaufen. Nahles: „Bezahlbares Wohnen ist eine der großen Fragen des 21. Jahrhunderts“.

Zusammenhalt sei besonders dort wichtig, wo Menschen aufeinander angewiesen sind: in der Pflege. Hier warteten auf den neuen Gesundheitsminister Spahn (CDU) ganz erhebliche, drängende Aufgaben, so Nahles. Vereinbart sei mehr Geld für das Pflegepersonal, 8000 neue Stellen als erste Sofortmaßnahme und eine Verbesserung der Pflegeausbildung. „Herr Spahn kann sofort beginnen“, forderte Nahles.

Dass Zusammenhalt auch viel mit Würde zu tun hat, machte die Fraktionschefin deutlich, als sie über die künftige Arbeitsmarktpolitik sprach. Der neue Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wird Langzeitarbeitslosen mithilfe des so genannten sozialen Arbeitsmarktes Perspektiven aufzeigen und Jobs vermitteln. Nahles: „Es ist wichtig, dass die Leute schnell Arbeit bekommen. Arbeit bedeutet Würde“.

Zusammenhalt zwischen Jung und Alt

Eng mit der Arbeit ist die Generationengerechtigkeit verknüpft. Der Zusammenhalt zwischen Jung und Alt spielt hier eine große Rolle. Die Menschen, erklärte Nahles, müssten auf die gesetzliche Rentenversicherung bauen können, das gelte für jetzige und künftige Generationen. Die SPD-Fraktion wird auf Stabilität drängen und die Gründung einer Rentenkommission vorantreiben. Sozialminister Heil hat bereits angekündigt, dass diese Kommission, die die Zukunft der Rente ab 2030 planen soll, in den nächsten Monaten ihre Arbeit aufnimmt.

Wie vielfältig Zusammenhalt ist, wurde deutlich, als Nahles das Einwanderungsgesetz erklärte, das auf Druck der Sozialdemokraten im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist. Integration ist das Schlüsselwort. Die Fachkräfte, die mithilfe des Gesetzes angeworben werden sollen, müssen in die Gesellschaft integriert werden; zugleich muss die Einwanderung kontrolliert und gesteuert werden. Das beides stärke den Zusammenhalt und die Weltoffenheit Deutschlands, sagte Nahles.

Ganz entscheidend kommt es beim Grad des Zusammengehörigkeitsgefühls auf Bildung an. Andrea Nahles sagte, dass auch von der Bildungspolitik abhängt, ob wir in zehn Jahren noch ein soziales und stabiles Land seien. Sie nannte die Nationale Bildungsallianz, die geschmiedet wurde, das Recht auf Weiterbildungsberatung (was vor allem mit Blick auf die Digitalisierung ganz wichtig ist) und die Änderung des Grundgesetzes. Sie Sorge dafür, dass der Bund den Kommunen bei der Modernisierung und Ausstattung der Schulen finanziell helfen darf. Auf die Weise werde der Zusammenhalt auf mehreren Ebenen gestärkt, zum Beispiel bei der Lebensqualität in den Gemeinden.

Endlich ein Klimaschutzgesetz

Nahles ging in ihren Ausführungen auch auf die Klimaschutzpolitik ein und lobte, dass nun endlich 2019 ein echtes Klimaschutzgesetz komme – gab es so noch nie. Dabei verschwieg sie nicht den Konflikt zwischen nötigem Klimaschutz und der Notwendigkeit, vom Strukturwandel betroffene Regionen „mitzunehmen“. Auch das ist Voraussetzung für mehr Zusammenhalt.

Zum Umweltschutz gehören neue Mobilitätskonzepte, denn vielen Städten drohen Fahrverbote, weil die Feinstaubbelastung so hoch ist. Fahrverbote sollen nach dem Willen Nahles' verhindert werden, also müssen Alternativen her – hier sieht Nahles die Autokonzerne mit in der Pflicht. „Die Verbraucher lassen wir nicht im Regen stehen!“

Nahles schlug einen Bogen zu Europa, das sozialer werden müsse. Sie forderte soziale Mindeststandards europaweit und kündigte einen Investitionshaushalt der EU an, um Europa zu stärken und die Lebensverhältnisse anzugleichen.

Mit Blick auf die Demokratie in Deutschland erläuterte Nahles, dass es in Zukunft – die SPD-Fraktion hat dies durchgesetzt – Orientierungsdebatten im Parlament geben werde. Das ist ein ganz neues Format, bei dem die Abgeordneten über aktuelle nationale und internationale Themen diskutieren werden. Auch das ist ein Beitrag für mehr Austausch, mehr Diskussion, mehr Zusammenhalt.

BUNDESHAUSHALT

Scholz: Investieren in die Zukunft und den Zusammenhalt

Deutschland steht wirtschaftlich sehr gut da. Auch die Finanzen sind in guter Ordnung. Dennoch herrscht bei vielen Menschen ein Gefühl von Skepsis vor, von Spaltung. Das zu überwinden, sei für ihn eines der wichtigsten Vorhaben, sagte der neue Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) am Donnerstag in seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag.

Er wolle, dass es jedem in Deutschland gut gehe, „nur dann sind wir wirklich erfolgreich“. Und unmissverständlich machte Scholz klar: „Wir brauchen weiter eine solide Haushaltspolitik. Darum bleibt die schwarze Null bestehen. Keine neuen Schulden.“ Jahrzehntlang seien Schulden gemacht worden, davon wolle die Regierung wegkommen. Und die Defizite der Vergangenheit abbauen.

Scholz erklärte auch, warum das funktionieren wird: Aufgrund der guten Konjunktur gebe es breite Gestaltungsspielräume. Heißt: Die Koalition hat 46 zusätzliche Milliarden Euro zur Verfügung, um also einerseits Schulden zu vermindern und andererseits in die Zukunft zu investieren.

Denn das ist eines der beiden großen Ziele von Scholz: Zukunft. Das andere: Zusammenhalt. Damit es also auch künftig gutes Wachstum in Deutschland gibt, investiert die Koalition in Bildung und Forschung, in die Infrastruktur (Züge, Straßen, Glasfaserkabel etc.), in kostenfreie Kitas, in Ganztagschulen.

Andererseits wird auch in den sozialen Zusammenhalt investiert. Dazu gehört mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, mehr Kindergeld, ein neues Baukindergeld für junge Familien und ein stabiles Rentenniveau. Scholz: „Das alles ist gut für den Zusammenhalt Deutschlands. Beides ist also möglich – investieren in die Zukunft und in den Zusammenhalt“.

Scholz kündigte auch Veränderungen in der Europa-Politik an. Deutschland habe ein großes Interesse an einem Europa, das funktioniert. „Denn nur so können wir die soziale Marktwirtschaft in der Welt vertreten, erklärte Scholz. Er bekräftigte, die EU zukunftsfester zu machen – unter klarer parlamentarischer Kontrolle.“

AUSSENPOLITIK

Außenpolitik dient dem Schutz der Freiheit

Die deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet. Ganz bewusst sei dieser Satz dem außenpolitischen Kapitel des Koalitionsvertrages zwischen SPD und Union vorangestellt. Denn er sei der „Leitsatz für unser außenpolitische Handeln“.

Heiko Maas machte am Mittwoch gleich zu Beginn seiner ersten Rede als neuer Außenminister deutlich, dass Deutschland sich dem Frieden und den europäischen Grundwerten verpflichtet fühlt und dies auch in der Welt vertreten werde. Maas (SPD) sagte das vor allem mit Blick auf die weltweiten Krisen. „Frieden und Sicherheit sind so bedroht wie lange nicht“, so Maas. Als nur einige Beispiele nannte er die Kriege im Jemen und in Syrien, die Konflikte in Libyen und das komplizierte Verhältnis zu Russland, das mit dem Giftanschlag im britischen Salisbury das Potenzial habe, eine Negativspirale in Gang zu setzen.

Doch auch das atomare Wettrüsten und die Abkehr von multilateraler Zusammenarbeit sind Grund zur Sorge. Maas: „Große Aufgaben warten auf Deutschland, die Erwartungen an uns sind hoch“.

Das Komplizierte an der Weltlage sei zudem, dass durch die Digitalisierung die Grenze zwischen Innen – und Außenpolitik immer weiter verschwimme, erklärte der Minister. Ohnehin sei Außenpolitik schwer zu planen, weil die Weltlage sich immer kurzfristiger verändere. Deshalb sei es wichtig, mögliche Risiken schon frühzeitig zu identifizieren.

Für multilaterale Abkommen einsetzen

Maas bekräftigte: „Außenpolitik dient dem Schutz der Freiheit“. Darum habe für ihn mit Blick auf das Vorgehen der türkischen Regierung im syrischen Afrin die Einhaltung des Völkerrechts oberste Priorität. Die Türkei sei in der Pflicht, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Die Bundesregierung werde den Druck auf die türkische Regierung aufrechterhalten.

In seiner Rede wurde Maas grundsätzlich: Nicht alle Probleme sind „mit gutem Zureden“ zu lösen, Überheblichkeit nütze gar nichts. Darum werde Deutschland künftig sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um sich für multilaterale Abkommen einzusetzen.

Deutschland bewirbt sich um einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat: Das, so führte Maas aus, gebe uns die Möglichkeit, unsere Ziele auf die Agenda zu setzen, damit die Grundwerte

Europas auch anderswo mehrheitsfähig werden. Die EU müsse ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorantreiben, nur gemeinsam finde Europa Gehör in der Welt.

ARBEIT UND SOZIALES

Heil: Der Sozialstaat muss Chancen auf ein freies und selbstbestimmtes Leben schaffen

Das Ministerium für Arbeit und Soziales ist die Herzkammer der neuen Bundesregierung. Hier werden die Weichen für gute Arbeit im Land gestellt, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit in der Waage gehalten. Kein Zweifel, Hubertus Heil, neuer Arbeits- und Sozialminister, sieht sein Ressort an vorderster Front beim Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Beschreibung seines Hauses hat Heil (SPD) am Donnerstagmittag im Bundestag gegeben, als er seine erste Rede vor dem Parlament hielt und seine Pläne für die kommenden Jahre präsentierte. In den Mittelpunkt will der Minister die Sorgen der Menschen stellen.

Denn obwohl Deutschland, wie Heil es nannte, ein „starkes Land“ sei, hätten viele Skepsis und Zukunftsängste. Die Antwort darauf sei ein starker, vor allem verlässlicher Sozialstaat, der allen die Chance auf ein „selbstbestimmtes und freies Leben“ garantiere. Es gehe um die Voraussetzungen für Chancengleichheit. Heil: „Es muss uns gelingen, dass die Menschen zurecht das Gefühl haben, dass es soziale Gerechtigkeit in Deutschland gibt“.

Wie er das schaffen will? „Mit Vollbeschäftigung, guter Lohnentwicklung, anständigen Arbeitsbedingungen.“ Als erste Maßnahme kündigte Heil das gesetzlich garantierte Rückkehrrecht von Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit an. Das verbessere vor allem die Lage der Frauen, die oft in der so genannten Teilzeitfalle gefangen seien. „Es geht um das Einkommen, aber auch um das Auskommen“. Damit spielte er auf die häufig geringe Rente von Teilzeitkräften an.

Deshalb bekräftige er die Koalitionsvereinbarung, das Rentenniveau, aber auch die Rentenbeiträge die nächsten Jahre stabil zu halten. Dazu kommt dann noch die neue Grundrente, die über der Grundsicherung liegt. Heil: „Das ist eine Frage der Fairness und des Anstands“. Er kündige auch flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente an. Das Ziel: ein „verlässlicher Generationenvertrag“. Junge dürften nicht gegen die Alten ausgespielt werden.

Auch für Kinder und Jugendliche will Heil noch bessere Perspektiven schaffen. Insbesondere die Kinderarmut werde er bekämpfen, versprach der Minister. So wolle er den Kinderzuschlag ausbauen. Heil fasste zusammen: „Das Leben muss für die Menschen offen sein, egal, welche Herkunft sie haben.“

Zum wirtschaftlichen Erfolg, den Heil als eine der Voraussetzungen für eine soziale Gesellschaft sieht, gehöre auch der rasante technische Wandel. Der mache vielen Angst – doch diese Furcht müsse niemand haben. „Wir werden darauf achten, dass mit dem technischen Fortschritt auch der soziale Fortschritt einhergeht. So werden wir Spaltungen überwinden.“

FAMILIENPOLITIK

Giffey: Kindern mehr Chancen geben

Sie kommt von der Basis, aus einem wahrhaft lebendigen Berliner Bezirk, in dem es immer wieder neue Probleme zu lösen gibt. Franziska Giffey weiß, wovon sie spricht, wenn sie betont, wie entscheidend frühkindliche Bildung ist. Sie weiß, wie bedeutsam Kitaplätze und Ganztagschulen sind für Ausbildung und gerechte Chancen.

Giffey (SPD) war bis vor zwei Wochen Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln. Nun ist die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In ihrer ersten Rede vor dem Parlament am Donnerstag unterstrich sie die Notwendigkeit frühkindlicher Bildung. 3,5 Milliarden Euro zusätzlich stehen ihr dazu zur Verfügung und Giffey will sie nutzen. „Ich habe großen Respekt vor dem, was jeden Tag in Kitas geleistet wird“, sagte sie vor den Abgeordneten. Eine gute Kinderbetreuung gebe jedem Kind wichtige Chancen für den Berufsweg mit. Darum müsse sie auch jedem Kind, egal, ob arm oder reich, zugutekommen.

Giffey will die Anzahl der Kitaplätze im Land erhöhen und in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen die Qualität der Kitas verbessern. Außerdem, kündigte sie an, würden Eltern bei den Kitagebühren entlastet.

Auch den Ganztagsschulbetrieb will sie ausbauen. Giffey: „Das ermöglicht Kindern mehr Chancen beim Schulabschluss“. Das Kindergeld werde ebenso erhöht wie der Kinderzuschlag. Mehr als 500.000 Kindern werde das helfen.

Weil der beste Schutz vor Kinderarmut ist, wenn die Eltern arbeiten, werde sie auch Familien noch gezielter unterstützen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Die „sorgenden Berufe“ liegen Giffey am Herzen, mehr als fünf Millionen Menschen arbeiten in diesem Sektor, darum müssten die Berufe attraktiver gemacht werden, und zwar durch bessere Ausbildung, bessere Bedingungen und bessere Bezahlung. „Wir müssen und werden die sozialen Berufe aufwerten“, kündigte die Ministerin an. Das helfe übrigens auch bei der Gleichstellung von Männern und Frauen – denn letztere arbeiten überdurchschnittlich oft in sorgenden Berufen.

Auch die Gewalt gegen Frauen will Giffey stärker bekämpfen, sie will einen eigenen Aktionsplan vorlegen und Frauenhäuser besser ausstatten. Um Kinder besser zu schützen, werden die Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben. Das, so Giffey, sei „ein Signal an alle, die im Bereich Kinderschutz arbeiten“.

Schließlich kündigte die Ministerin an, das Patenschaftsprogramm ‚Menschen stärken Menschen‘ für alle Bedürftigen zu öffnen. Bisher vermittelt es Patenschaften zwischen Flüchtlingen und Menschen, die schon länger in Deutschland leben. Giffey: „Ich finde, Patenschaften sollen allen Menschen zugutekommen. Integration geht am besten durch Normalität“.

RECHTSPOLITIK

Daten machen uns manipulierbar

Katarina Barley war in der vergangenen Legislaturperiode Bundesfamilienministerin, kurzzeitig übernahm sie zusätzlich noch das Bundesarbeitsministerium. Ihre gesamte politische Erfahrung bringt die promovierte Juristin nun in ihre neue Aufgabe als Justiz- und Verbraucherschutzministerin ein.

Vor dem Bundestag nahm sie am Freitagmorgen Stellung zu den jüngsten Datenskandalen bei dem sozialen Netzwerk facebook und mahnte die Verbraucherinnen und Verbraucher bei den eigenen Daten zu erhöhter Vorsicht. Mag sein, erklärte die Ministerin, dass viele Menschen denken, sie hätten nichts zu verbergen. Doch nur wenige wissen, welche Macht die Konzerne wirklich haben. Wenn ein Algorithmus erst einmal auf eine Person angelegt sei, könne das gesamte Onlineverhalten dieser Person kontrolliert und interpretiert werden. Das führe beispielsweise dazu, dass man Produkte teurer angeboten bekommt als andere, weil die Datenauswertung den Unternehmen zeige, diese Person greife gern schnell zu.

„Daten machen uns manipulierbar“, erklärte Barley (SPD). Deshalb sei es wichtig, dass jeder einzelne informiert sei und Kontrolle über seine Daten habe. Hier will sie politisch nachsteuern. Barley: „Ja, wir wollen Algorithmen transparenter machen. Es muss klarer erkennbar sein, nach welchen Programmcodes Unternehmen wirklich vorgehen.“ Das gelte vor allem im Hinblick auf unzulässige Diskriminierung und Betrug von Verbrauchern.

Barley nannte als Maßnahme die neue EU-Datenschutzgrundverordnung, die das Recht je-des einzelnen stärkt. „Wir brauchen mehr Regeln und eine Diskussion mit den Digitalkonzernen über ethische Maßstäbe. Das will Barley vorantreiben. Sie machte auch deutlich: „Wir stehen ein für Datensouveränität unserer Bürgerinnen und Bürger“.

Um deren Verbraucherrechte zu stärken, will Barley zügig die Musterfeststellungsklage einführen. Dann können zum Beispiel Verbraucherschutzverbände im Namen vieler klagen, der einzelne ist nicht hilflos Konzernen ausgeliefert. „Das Muster lautet: einer für alle“, so Barley.

Sie kündigte besseren Mieterschutz an, etwa bei Modernisierungsmaßnahmen und eine Anschärfung der Mietpreisbremse – damit, wie sie bekräftigte, „Mieter ihre Rechte wirksamer ausleben können“.

Dass ein starker Rechtsstaat für den Verbraucherschutz, aber auch für eine funktionierende Justiz unabdingbar ist, bestätigte Barley am Ende ihrer Ausführungen erneut. „Nur mit einem starken und gut ausgestatteten Rechtsstaat können wir das Vertrauen in die Demokratie gewährleisten.“

UMWELTPOLITIK

Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch

Natur ist die Basis allen Handelns, die Umwelt zu schützen, ist deshalb nur folgerichtig. Und der Umweltschutz in Deutschland ist seit langem eine Erfolgsgeschichte, die Svenja Schulze weiterschreiben will.

Schulze (SPD) ist neue Bundesumweltministerin und versprach am Freitag bei ihrer ersten Rede vor dem Parlament, die Vorreiterrolle beim Klimaschutz schnell wieder zu erobern. Denn, das sagte Schulze sehr deutlich, die eigenen Klimaschutzziele 2020 wird Deutschland wohl nicht erreichen. Eine Konsequenz gibt es schon: 2019 kommt erstmals ein richtiges

Klimaschutzgesetz, das Maßnahmen festlegt für die Klimaschutzziele 2030. Schulze will das nun mit allen Ministerien zusammen vorantreiben.

Sie zeigte auf, dass es keinen Widerspruch gibt zwischen Ökonomie und Ökologie – das beweise schon das Klimaschutzabkommen von Paris. Im Gegenteil: Große Märkte der Zukunft entstünden, zum Beispiel im Energiesektor, bei der Landwirtschaft und neuen Technologien.

Dass es dadurch auch zu erheblichen Strukturveränderungen kommt, ist Schulze bewusst. Die Ministerin kommt aus Nordrhein-Westfalen und weiß um den Strukturwandel, den das Bundesland durchlebt. Schulze: „Die SPD wird Umweltfragen darum immer auch mit Blick auf die sozialen Fragen beantworten“. Eine Kommission wird unter Beteiligung aller Betroffenen ein Enddatum für den Kohleausstieg vorschlagen. Dazu beginnen zügig Entwicklungsgespräche mit den betroffenen Regionen, so Schulze weiter.

Sie will einen „gesellschaftlichen Konsens schaffen“, dass der Klimawandel gestoppt werden muss. Dazu gehört auch, für Luftreinhaltung zu sorgen. Manche Städte müssen womöglich bald wegen Feinstaubes Fahrverbote verhängen. Davon sei sie keine Freundin, sagte Schulze ganz offen. Deshalb müssten innovative Lösungen her, um Fahrverbote möglichst zu vermeiden. Sie stehe als Partnerin an der Seite der Kommunen. Schulze ernst: „Für mich gilt das Verursacherprinzip. Und das sind die Automobilkonzerne.“ Sie fordert Gespräche mit den Vorstandschefs der Unternehmen.

Auch beim Glyphosat, das umstrittene Pestizidmittel, hat Schulze eine klare Haltung: „Die Menschen wollen kein Glyphosat auf den Äckern. Darum wollen wir die Anwendung schnellstmöglich beenden“.

VERANSTALTUNG

„Otto-Wels-Preis für Demokratie“ 2018 verliehen

Wie lässt sich das Vertrauen in die Demokratie stärken? Wie wächst die Gesellschaft besser zusammen? Das waren die Leitfragen, um die sich die Verleihung des Otto-Wels-Preises für Demokratie drehte. Am Montagabend hat die SPD-Bundestagsfraktion zum sechsten Mal diesen Preis verliehen. Sein Anliegen ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen.

Diesmal haben die SPD-Abgeordneten Vereine und Initiativen ausgezeichnet, die sich mit ihrem Engagement vor Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen und einen ganz praktischen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.

Den **ersten Platz** hat das Projekt „Heroes – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“ vom Verein Strohalm e. V. gewonnen. 2007 haben sich in Berlin-Neukölln junge Männer zusammengefunden, die aus „ehrkulturellen Milieus“ kommen. Ihr Ziel: sich für das gleichberechtigte Zusammenleben von Frauen und Männern zu engagieren. Für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch, unabhängig von Geschlecht und kulturellem Hintergrund, dieselben Möglichkeiten und dieselben Rechte hat. In Workshops und Coachings werden die jungen Männer geschult. Sie setzen sich mit Themen wie Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Ehre und Menschenrechte auseinander.

Der **zweite Platz** ist in diesem Jahr gleich an zwei Initiativen gegangen: Der „Bürgergarten Stralsund – Bunte Popel Kinderfest“ und das „Bündnis Fulda stellt sich quer e. V.“.

Der Bürgergarten Stralsund ist ein Gegenpol zum NPD Kinderfest, das die Rechtsextremen jahrelang veranstaltet haben. Die Bürgergarten-Gründer riefen ebenfalls ein Kinderfest ins Leben – durchgeführt am selben Tag wie das der NPD und nannten es das Kinderfest „Bunte Popel“. Für ein buntes, vielfältiges Miteinander. Mit Erfolg: Zuletzt fand kein Kinderfest der NPD mehr statt.

2015 gründete sich der Verein „Bündnis Fulda stellt sich quer“. Er setzt sich aktiv für ein friedliches Miteinander der Kulturen ein, führt Veranstaltungen und Aufklärungsarbeit an Schulen gegen Rassismus, Rechtspopulismus und Homophobie durch und organisiert immer wieder Proteste gegen Demonstrationen von rechts. Auch Einschüchterungsversuche, verbale Angriffe und sogar Morddrohungen halten die Mitglieder nicht von ihrem Engagement ab.

Den **dritten Platz** gewonnen hat das „Bürgerhaus der Gemeinde Warnkenhagen e. V.“ in Mecklenburg-Vorpommern. Das Dorf Warnkenhagen hat 365 Einwohner. Aber es hat keine Schule, kein Lebensmittelgeschäft und es hatte – bis 2001 – keinen Begegnungsort. Dann nahmen die Bewohner des Dorfes sich diesem Problem an. Sie gründeten einen Verein und bauten in vielen Tausend Arbeitsstunden, mit Fördermitteln und Spenden ein historisches Gebäude zu ihrem Bürgerhaus um. Zu einem Zentrum für Jung und Alt. Zum Reden, zum Lernen, zum Feiern und zur gegenseitigen Unterstützung. 2017 fanden dort 180 Veranstaltungen statt.

Fotos der Veranstaltung gibt es hier:

<https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/albums/72157692921689381>

AUSSENPOLITIK

MINUSMA-Mission in Mali soll fortgesetzt werden

Mali ist Kernland der Sahelzone und spielt damit eine Schlüsselrolle für Stabilität und Entwicklung der gesamten Sahel-Region, nicht zuletzt aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters von Herausforderungen wie Terrorismus und irregulärer Migration.

Die Stabilisierung Malis ist ein Schwerpunkt des deutschen Engagements der Bundeswehr in der Sahel-Region und ein wichtiges Ziel der Afrikapolitik der Bundesregierung. Die Mission MINUSMA der Vereinten Nationen hat dabei eine Schlüsselfunktion. Zu den Kernaufgaben des deutschen Engagements in Mali gehören, die Vereinbarungen zur Waffenruhe und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien und die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen sowie die Sicherheit, Stabilisierung und den Schutz von Zivilpersonen zu fördern.

Der Bundestag hat am Mittwoch nun einen Antrag der Bundesregierung beraten, mit dem die deutsche Beteiligung an MINUSMA bis zum 31. Mai 2019 verlängert werden soll. Das von der Bundesregierung im März 2017 bereitgestellte Hubschrauberkontingent wird nach Ablauf des ersten Halbjahres 2018 abgezogen. Angesichts der erhöhten bei Sicherheit und Logistik soll die Mandatsobergrenze von bisher 1000 auf 1100 Soldatinnen und Soldaten erhöht werden.

Die Missionen UNMISS, UNAMID, SEA GUARDIAN, RESOLUTE SUPPORT und Bekämpfung des IS-Terrors im Irak sind allesamt in namentlichen Abstimmungen vom Bundestag verlängert worden.

Hier gibt es weitere Details zu den Missionen:

<https://www.spdfraktion.de/themen/bundeswehrmandate-beendet-verlaengert-veraendert>

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>